

Pressemitteilung

CFS-Umfrage: Deutsche Finanzbranche erwartet weitere Eskalation des Handelsstreits zwischen den USA und China / EU wird bei zukünftigen Verhandlungen mit den USA Zugeständnisse machen müssen

FRANKFURT, 19. April 2018. Die USA haben beschlossen, Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte vor allem aus China zu erheben. China ist wiederum kaum bereit einzulenken und Zugeständnisse zu machen. Nach einer aktuellen Umfrage des Center for Financial Studies erwartet die deutsche Finanzbranche mehrheitlich, dass der Handelsstreit zwischen den beiden Staaten weiter eskalieren wird. Darin sind sich 75% der Befragten einig.

Die EU und andere Staaten sind von dem Handelsstreit vorläufig noch nicht direkt betroffen. Allerdings könnten die US-Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus China dazu führen, dass chinesische Überkapazitäten in diesen Produkten stärker in andere Regionen, wie die EU, drängen. Bei der Frage, ob es dazu kommen kann, dass die EU über kurz oder lang ebenfalls ihre Zölle auf Importe aus China anheben muss, ist die Finanzbranche zweigeteilt. Während 46% diese Entwicklung durchaus für wahrscheinlich halten, wird sie von 45% als unwahrscheinlich und von 5% als sehr unwahrscheinlich erachtet.

„Die Umfrage verdeutlicht die hohe Unsicherheit der Marktteilnehmer mit Blick auf die künftige Entwicklung des Handelsstreits und den möglichen Konsequenzen für Europa. Ich gehe daher davon aus, dass die Volatilität auf den europäischen Aktienmärkten steigen wird“, kommentiert Prof. Dr. Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies, die Umfrageergebnisse.

Auch der EU stehen schwierige Verhandlungen mit den USA bevor, in denen voraussichtlich die bisherige Zollstruktur der EU insgesamt diskutiert werden wird. Die deutsche Finanzbranche ist sich größtenteils darüber einig (83%), dass seitens der EU bei zukünftigen Verhandlungen mit den USA Zugeständnisse gemacht werden müssen (z.B. durch geringere Importzölle auf andere US-Produkte), um Strafzölle der USA auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU definitiv zu verhindern.

„Ich glaube, dass die Handelspolitik der Trump-Administration das Potenzial hat, die Architektur der europäischen Zollunion deutlich zu verändern, da Europa erhebliche Zugeständnisse an die USA machen muss.“, so Brühl weiter. „Letztlich wird man nicht daran vorbeikommen, die transatlantischen Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU neu zu gestalten.“

Angesichts der aktuellen Entwicklungen sind 55% der Befragten der Meinung, man solle die Verhandlungen über ein transatlantisches Handelsabkommen (TTIP) wieder aufnehmen, um den Handel zwischen den USA und der EU auf eine neue Grundlage zu stellen. 39% hingegen sprechen sich gegen eine Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen aus.

Dr. Lutz Raettig, Präsident von Frankfurt Main Finance e.V., unterstreicht: „Handelskriege sind Gift für die Wirtschaft. Die Unsicherheit und die gestiegenen Risiken sorgen für Zurückhaltung.“

Pressemitteilung

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter rund 400 Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Projektmanagement:

Sebastian Frontczak

Center for Financial Studies
Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: frontczak@ifk-cfs.de
Tel.: (069) 798-30043
www.ifk-cfs.de/cfs-index

Pressekontakt:

Sabine Kimmel

Center for Financial Studies
Goethe-Universität Frankfurt
E-Mail: kimmel@ifk-cfs.de
Tel.: (069) 798-30066
<https://www.ifk-cfs.de/de/media-lounge/ansprechpartner.html>